

# RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



## TENNIS

Der Dopingfall Maria Scharapowa zeigt, wie krank der Spitzensport ist. Seite B 6

## TIERRETTUNG

270 Hunde wurden aus einer Wohnung befreit - der extreme Fall eines Tiersammlers. Seite A 3



## DÜSSELDORF

**FORTUNA**  
Spieler dürfen nicht zum Zoch



Der Fußball-Zweitligist will unter allen Umständen Fehler vermeiden. Auf dem Spielfeld ist das notwendig, um erfolgreich zu sein. In anderen Bereichen wirkt das eher verkrampt und wenig souverän. SEITE B 9

**LOKALES**  
EM-Übertragung vor dem Rathaus

Eine Agentur aus Wetter an der Ruhr wird die Spiele der deutschen Mannschaft auf dem Marktplatz zeigen. SEITE D 1

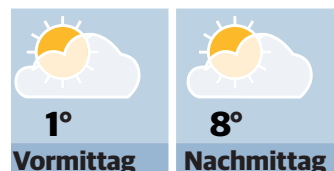
**LOKALE WIRTSCHAFT**  
Preisexplosion bei Häusern

Die Mieten stagnieren teils, doch die Kaufpreise für Immobilien kennen nur eine Richtung: steil aufwärts. SEITE D 7

**ZITAT**  
„Habe immer Frühlingsgefühle. Flirten ist mein Lebenselixier.“

Marika Kilius (72), einstige Eiskunstlauf-Königin

**WETTER**  
Freundlich, aber zu kalt für Frühling



**RP KONTAKT**  
Kundenservice (Anzeigen)  
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr  
www.rp-online.de/anzeigen  
Leserservice 0211 505-1111,  
Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr  
www.rp-online.de/Leserservice

RP-ONLINE.DE

## LINKS AUSSEN

Da machen sich doch tatsächlich schlaue Menschen Gedanken, der Bundestag könne demnächst durch Ausgleichsmandate auf über 700 Sitze anschwellen – Kinderlitzchen! Im Mai bekommt das Parlament 50.000 neue Mitglieder auf einen Schlag. Und alles Schwarz-Gelbe. Zusammen mit den jetzigen Mandaten hätte Schwarz-Gelb dann eine hauchdünne Mehrheit von 99,4 Prozent der Sitze. Dass es sich bei den Neuen um Bienen handelt, deren Stock im Hof des Paul-Löbe-Hauses aufgestellt wird – geschenkt. Dann brummt's wenigstens mal wieder im Hohen Haus, und die Kritik wird stechender. Aber, lieber Ältestenrat, dann bitte auch eine neue Inschrift am Reichstag – „dem deutschen Bienenvolk“. fvo



4 190586 801507 3 0 1 0

## KÖLN

# Fahndung nach Silvester-Tätern

Die Polizei hat erstmals Fotos von Verdächtigen aus der Kölner Silvesternacht veröffentlicht. Auf den Bildern sind fünf junge Männer zu sehen, die beschuldigt werden, Frauen sexuell genötigt und beleidigt zu haben. Bei den Fahndungsbildern handelt es sich um Handy-Aufnahmen, die von den Opfern selbst gemacht worden sind.

Nordrhein-Westfalen Seite A 3



# Ultimatum wegen Unterrichtsausfalls

Elternverbände verlangen von Schulministerin Sylvia Löhrmann bis zur Wahl 2017 eine Erhebung mit breiterer Datenbasis. Die offizielle Stichprobe zweifeln sie an. Löhrmann verteidigt ihr Vorgehen.

VON FRANK VOLLMER

**DÜSSELDORF** Mehrere nordrhein-westfälische Elternverbände fordern von der Landesregierung größere Anstrengungen im Kampf gegen den Unterrichtsausfall. „Es ist möglich, in einigen Monaten, vielleicht einem Vierteljahr, ein System an den Start zu bringen, das eine digitale Erhebung und Übermittlung der Daten auf Knopfdruck möglich macht“, sagte der Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien, Ulrich Czygan, unserer Redaktion. Zumindest eine wöchentliche Übermittlung sollte das Ziel sein. Das sei „auf jeden Fall noch vor der Landtagswahl“ nötig, „damit wir ein ehrliches Zwischenergebnis zum Unterrichtsausfall bekommen“, sagte Czygan. NRW wählt am 14. Mai 2017, dem Muttertag.

Seit Jahrzehnten tobt ein erbitterter Streit darüber, wie hoch der Unterrichtsausfall an den Schulen tatsächlich ist. Heute wird das Thema erneut im Schulausschuss des Landtags diskutiert; erwartet wird ein Bericht von Ministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Das Ministerium hatte für das vergangene Schul-

jahr über eine Stichprobe eine Quote von 1,7 Prozent ersatzlos ausgefallenen Unterrichts genannt; diese Zahl wird von vielen Eltern angezweifelt. Die Landeselternschaft hat eine eigene Stichprobe vorgelegt, die auf eine Ausfallquote von 6,4 Prozent kommt; eine Online-Petition, die die Vorsitzende der Elternschaft Düsseldorf Schulen, Berit Zalburtus, gestartet hat, nennt zehn Prozent. Bis gestern hatten rund 8900 Menschen die Petition unterzeichnet, die seit Oktober im Netz steht und die Einstellung von 8000 zusätzlichen Lehrern in NRW fordert. Löhrmann selbst hatte im vergangenen Sommer eingeräumt, in NRW fehlten 3500 Lehrstellen, davon allein 1000 an Gymnasien.

Zalburtus will wie Czygan, dass alle Schulen an der Datenerhebung teilnehmen: „Den Einstieg in die Vollerhebung muss es bis zur Wahl geben.“ Bis zum Frühjahr 2017 sei „ein erstes messbares Ergebnis“ nötig, „und dann soll jede Partei sagen, wie sie damit umgehen will“.

Dem stimmt die Vorsitzende des Elternvereins NRW, Regine Schwarzhoff, zu: „Ein paar Monate sollten ausreichen, um ein solches

digitales System auf die Beine zu stellen. Das Ministerium muss noch vor der Wahl die Ausfallquote wie eine Fieberkurve erheben können und auch regelmäßig veröffentlichen.“ Löhrmann gefährde ihren Ruf, „wenn sie jetzt nicht aus den Puschen kommt“.

Auch die Grundschullehrer wünschen sich eine breitere Datenbasis, was die Unterrichtsversorgung angeht. „Wenn permanent Unterricht

ausfällt, weil nur auf Sicht gefahren wird, verlieren auch die Eltern das Verständnis dafür“, sagte Thomas Minor von der Landeselternschaft der Grundschulen. Die Politik sei „gut beraten, nicht weiter den Eindruck entstehen zu lassen, dass man ein strukturelles Defizit einfach hinnimmt“. Nach Minors Vorstellung sollten so viele Schulen wie möglich, vor allem weiterführende, an einer Erhebung teilnehmen: „Bis zur Landtagswahl sollten da schon einige Zahlen einlaufen.“

Löhrmann selbst zeigt sich weiter skeptisch gegenüber einer Vollerhebung: „Was wir brauchen, ist Steuerungswissen. Und das erhalten wir bereits jetzt mit der Fortschreibung der Stichproben, die wir jährlich machen.“ Dadurch werde bereits deutlich, „ob es im Durchschnitt einen grundsätzlichen Anstieg des Unterrichtsausfalls gibt oder nicht“. Mit einer Erhebung, „egal ob Stichprobe oder Vollerhebung“, werde aber „nicht eine einzige ausgefallene Stunde vermieden“. Relevant seien allein die Ursachen, betonte die Ministerin: „Und die müssen und wollen wir angehen.“

Stimme des Westens Seite A 2

## INFO

### 1,7 Prozent ermittelte das Ministerium

**Grundlage** Für die aktuelle Stichprobe hat das Ministerium in zwei Wochen im September 2014 Daten an 770 Schulen erhoben.

**Ergebnis** 1,7 Prozent des Unterrichts fielen ersatzlos aus. Am höchsten (2,9 Prozent) ist die Quote an Realschulen und in der Sekundarstufe I der Gesamtschulen, am niedrigsten an Förderschulen (1,0) und an Oberstufen von Gymnasien und Gesamtschulen (je 1,1).

## Serbien kündigt Schließung der Balkanroute an

**BELGRAD** (dpa) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wirbt weiter für Geduld in der Flüchtlingskrise, doch auf dem Balkan werden Fakten geschaffen. „Manchmal könnte es schneller gehen. Aber ich glaube, insgesamt bewegt sich die Sache in die richtige Richtung“, sagte Merkel gestern nach einem EU-Türkei-Gipfel. Slowenien und Serbien wollen sich damit jedoch nicht zufrieden geben: Noch am Abend kündigten beide Länder an, die Balkanroute für Flüchtlinge solle abrupt geschlossen werden. In Zukunft sollen wieder streng die Schengenregeln angewendet werden; man werde nur noch Menschen mit gültigen Pässen und Visa einreisen lassen.

Leitartikel Seite A 2  
Politik Seite A 4

## NRW: Grüne stellen sich bei Bargeld-Limit gegen SPD

**DÜSSELDORF** (rky) Bei einem sensiblen Thema geht die Landtagsfraktion der Grünen auf Distanz zum SPD-Koalitionspartner. Während Landesfinanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sich wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dafür einsetzt, die Höhe erlaubter Zahlungen mit Bargeld zu begrenzen, hat die Landtagsfraktion der Grünen sich gestern gegen jede Art von Limitierung der Nutzung von Bargeld ausgesprochen.

Die Verfügbarkeit von Bargeld sei „gelebter Datenschutz“, erklärte die Fraktion einstimmig. Ein entsprechender Antrag war unter anderem von deren finanzpolitischem Sprecher, Martin-Sebastian Abel, und vom grünen Vizepräsidenten des Landtags, Oliver Keymis, einge-

## Düsseldorf muss 90 Millionen Euro Kredit aufnehmen

**DÜSSELDORF** (dr) Die Landeshauptstadt gerät immer stärker unter finanziellen Druck: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen muss sich Düsseldorf Geld leihen, um die Liquidität zu sichern. Auslöser sind nach Angaben der Stadt Rückerstattungen bei der Gewerbesteuer in unerwarteter Höhe. Weil die Reserven nahezu aufgebraucht sind, nimmt Düsseldorf jetzt bei einer namentlich nicht genannten Bank einen Kredit von 90 Millionen Euro auf. Er soll nach Angaben von Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) mit null Prozent verzinst sein. Ende Januar hatte die Stadt sich bereits bei der Messe Düsseldorf 40 Millionen Euro leihen müssen. Der Bankkredit dürfte Zweifel nähren, ob Düsseldorf wie seit 2007 behauptet, wirklich noch als wirtschaftlich schuldenfrei gelten kann.

## RWE streicht noch mehr Stellen

**ESSEN** (anh) Beim zweitgrößten deutschen Energiekonzern geht der Jobabbau weiter. RWE-Vize-Chef Rolf Martin Schmitz kündigte gestern an: „Wir werden wegen des anhaltenden Strompreisverfalls unser Sparprogramm in der Braunkohle noch einmal anpassen müssen.“ Bislang hatte RWE nur erklärt, 1000 Stellen wegen der Klimareserve zu streichen. Nun sollen weitere Stellen folgen. RWE beschäftigt im rheinischen Revier rund 10.000 Mitarbeiter. Der Konzern machte 2015 einen Verlust von 170 Millionen Euro.

Leitartikel Seite A 2  
Wirtschaft Seite B 1

## Allianz will VW wegen Abgaskandal verklagen

**WOLFSBURG** (frin) VW drohen wegen der Abgasaffäre in Deutschland hohe Schadenersatzforderungen von Investoren. Nachdem beim Landgericht Braunschweig bereits zahlreiche Privatanleger Klage eingereicht haben, will sich nun laut der Nachrichtenagentur Reuters auch die Allianz über ihren Vermögensverwalter AGI an einer Sammelklage beteiligen. Grund: VW habe zu spät über die Manipulation an Dieselfahrzeugen informiert. Neben AGI prüfen Finanzkreisen zufolge auch andere Investmenthäuser in Deutschland eine Klage.

Wirtschaft Seite B 3